

# **Verwaltungskostensatzung der Gemeinde Brombachtal**

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Brombachtal hat in ihrer Sitzung am **28. Mai 2002** diese **Satzung über das Erheben von Verwaltungskosten** beschlossen, die auf folgende Rechtsgrundlagen gestützt wird:

§§ 5, 51 und 93 Abs.1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01.04.1993 (GVBl. 1992 I S. 534), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23.12.1999 (GVBl. 2000 I S. 2), §§ 1 bis 5a, 9 des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) vom 17.03.1970 (GVBl. I S. 225), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.1998 (GVBl. I S. 562), in Verbindung mit § 2 Abs.1 Satz 2, §§ 4 bis 7 und 9 bis 13 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes in der Fassung vom 03.01.1995 (GVBl. I S. 2), zuletzt geändert durch Gesetz 17.12.1998 (GVBl. I S. 562, 573).

## **§ 1**

### **Kostenpflichtige Amtshandlungen**

- 1.1 Für Amtshandlungen und sonstige Verwaltungstätigkeiten in Selbstverwaltungsangelegenheiten, die auf Veranlassung oder überwiegend im Interesse Einzelner vorgenommen, oder die in einer besonderen Vorschrift für kostenpflichtig erklärt werden, erhebt die Gemeinde in Verbindung mit dem Kostenverzeichnis, das Bestandteil dieser Satzung ist, Verwaltungskosten (Verwaltungsgebühren und Auslagen). Kostenpflicht besteht auch, wenn ein auf Vornahme einer Amtshandlung gerichteter Antrag oder ein Widerspruch zurückgenommen wird.
- 1.2 Verwaltungskosten, die aufgrund von Gesetzen und anderen gemeindlichen Satzungen erhoben werden, werden durch diese Verwaltungskostensatzung nicht berührt.
- 1.3 Für Amtshandlungen in Weisungsangelegenheiten gelten die Vorschriften des Hessischen Verwaltungskostengesetzes.

## **§ 2**

### **Sachliche Kostenfreiheit**

- 2.1 Kostenfrei sind:
  1. Überwachungsmaßnahmen aufgrund einer Beschwerde, wenn die Überwachungsmaßnahme nicht zu einer Auflage oder Anordnung geführt hat.
  2. a) mündliche Auskünfte,  
b) einfache schriftliche Auskünfte; dies gilt nicht für Auskünfte aus Registern und Dateien,
  3. die Erteilung von Bescheiden über öffentlich-rechtliche Geldforderungen,

4. Entscheidungen über die Stundung, der Erlass oder die Erstattung öffentlich-rechtliche Geldforderungen,
5. Entscheidungen über die Festsetzung von Entschädigungen aus öffentlichen Mitteln,
6. Entscheidungen über die Festsetzung der in einem Vorverfahren nach § 68 der Verwaltungsgerichtsordnung zur zweckentsprechenden Rechtsverfolgung oder -verteidigung notwendigen Aufwendungen,
7. Entscheidung über Anträge auf Unterstützungen, Beihilfen, Zuwendungen, Stipendien und ähnliche Vergünstigungen,
8. Entscheidungen über die Erteilung von Bescheinigungen zur Bewilligung von Prozesskosten- oder Beratungshilfe,
9. Amtshandlungen im Rahmen eines bestehenden oder früheren öffentlich-rechtlichen Dienst- oder Amtsverhältnisses, einschließlich eines Widerspruchsverfahrens,
10. Entscheidungen über Gegenvorstellung und Aufsichtsbeschwerden,
11. Amtshandlungen in Angelegenheiten des Wahlrechts, des Volksbegehrens und des Volksentscheids sowie des Bürgerbegehrens und des Bürgerentscheids,
12. Entscheidungen über die Anordnung der sofortigen Vollziehung und die Aussetzung der Vollziehung nach §§ 80, 80 a der Verwaltungsgerichtsordnung.

- 2.2 Kostenfreiheit gilt nicht für den Widerruf oder die Rücknahme einer Amtshandlung sowie für die Zurückweisung oder die Zurücknahme eines Widerspruchs, soweit in Punkt 2.1 oder in anderen Rechtsvorschriften nichts anders bestimmt ist.

### **§ 3 Gebührenarten**

Die Gebühren werden

1. durch feste Sätze (Festgebühren)
2. nach dem Wert des Gegenstandes, auf den sich die Amtshandlung bezieht (Wertgebühren),
3. nach dem Zeitaufwand für die Amtshandlung (Zeitgebühren) oder
4. durch Rahmensätze (Rahmengebühren)

bestimmt.

### **§ 4**

#### **Wertgebühren, Rahmengebühren, Pauschgebühren**

- 4.1 Bei der Festsetzung einer Wertgebühr ist der Wert zum Zeitpunkt der Beendigung der Amtshandlung zugrunde zu legen.

- 4.2 Bei Rahmengebühren gilt für die Festsetzung der Gebühren im Einzelfall:
1. Die Gebühr soll den mit der Amtshandlung verbundenen Verwaltungsaufwand aller an der Amtshandlung Beteiligten decken (Kostendeckungsgebot). Ausnahmen vom Kostendeckungsgebot sind nur zulässig, wenn dies aus Gründen der Billigkeit erforderlich ist.
  2. Außerdem ist die Bedeutung der Amtshandlung für den Kostenschuldner zum Zeitpunkt ihrer Beendigung zu berücksichtigen.
  3. Die Gebühr darf nicht in einem Missverhältnis zur Amtshandlung stehen.
- 4.3 Zur Abgeltung mehrfacher gleichartiger Amtshandlungen für denselben Kostenschuldner können auf Antrag Pauschalgebühren erhoben werden; sie sind im voraus festzusetzen.

## **§ 5**

### **Gebührenbemessung in besonderen Fällen**

- 5.1 Wird ein Antrag ganz oder teilweise abgelehnt, sind 75 v.H. des im Kostenverzeichnis vorgesehenen Satzes zu erheben, mindestens aber 13,00 €. Wird ein Antrag wegen Unzuständigkeit der Behörde abgelehnt, ist keine Gebühr zu erheben.
- 5.2 Für die Entscheidung über einen Widerspruch sind, soweit dieser erfolglos geblieben ist, 75 v.H. des für den angefochtenen Bescheid festgesetzten Betrages zu erheben, höchstens jedoch 25.500,00 €. Im übrigen gilt:
1. Wird mit der angefochtenen Amtshandlung eine Geldleistung abgelehnt oder gefordert, beträgt die Gebühr 5 v.H. des erfolglos angefochtenen Betrages.
  2. War für die angefochtene Amtshandlung keine Gebühr vorgesehen, war die Amtshandlung gebührenfrei oder ist der Widerspruch von einem Dritten eingelegt worden, ist eine Gebühr bis zu 2.500,00 € zu erheben; Punkt 5.2.1 bleibt unberührt.
  3. In den Fällen von Punkt 5.2 und 5.2.1 und 5.2.2 beträgt die Gebühr mindestens 25,00 €.
  4. Ist der Widerspruch von einem Dritten eingelegt worden, ist eine Gebühr nur zu erheben, wenn er wegen Unzulässigkeit zurückgewiesen wird.
  5. Bei einem allein gegen eine Kostenentscheidung gerichteten Widerspruch beträgt die Gebühr bis zu 20 v.H. des Betrages, dessen Festsetzung mit dem Widerspruch erfolglos angefochten worden ist, mindestens aber 13,00 €.
- 5.3 Hat die Behörde eine Amtshandlung aus Gründen, die der Kostenschuldner zu vertreten hat, zurückgenommen oder widerrufen, sind 75 v.H. des im Kostenverzeichnis vorgesehenen Satzes zu erheben. War für die Amtshandlung im Zeitpunkt der Rücknahme oder des Widerrufs eine Gebühr nicht vorgesehen oder war die Amtshandlung gebührenfrei, ist eine Gebühr bis zu 1.500,00 € zu erheben. In den Fällen des Satzes 1 und 2 beträgt die Gebühr mindestens 13,00 €.

- 5.4 Wird ein Antrag oder ein Widerspruch zurückgenommen, bevor die Amtshandlung vollständig erbracht ist, sind 50 v.H. des im Kostenverzeichnis vorgesehenen Satzes zu erheben, im Falle der Rücknahme des Widerspruches jedoch höchstens 13,00 €.  
Im übrigen gilt:
1. In den Fällen von Punkt 5.2.1 beträgt die Gebühr 2,5 v.H. des angefochtenen Betrages.
  2. In den Fällen von Punkt 5.2.2 ist eine Gebühr bis zu 1.300,00 € zu erheben; Punkt 5.2.4 gilt entsprechend.
  3. In den Fällen von Satz 1 und Punkt 5.4.1 und 5.4.2 beträgt die Gebühr mindestens 13,00 €.
  4. Richtete sich der Widerspruch allein gegen die Kostenentscheidung, sind 13,00 € zu erheben.
  5. Hatte die Behörde mit der sachlichen Bearbeitung noch nicht begonnen, ist keine Gebühr zu erheben.
- 5.5 War in den Fällen von 5.1 bis 5.4 der Verwaltungsaufwand erheblich geringer oder erheblich höher, als er in der Höhe der dort ausgewiesenen Gebühr berücksichtigt ist, kann diese Gebühr um bis zu 25 v.H. der vollen Gebühr ermäßigt oder erhöht werden.
- 5.6 Kosten für das Widerspruchsverfahren werden nicht erhoben, wenn
1. der Rechtsweg zu anderen Gerichten als den Verwaltungsgerichten gegeben ist,
  2. der widerspruchsführenden Person im verwaltungsgerichtlichen Verfahren Prozesskostenhilfe zu gewähren wäre und die Person diesen Sachverhalt gegenüber der Behörde (§ 70 der Verwaltungsgerichtsordnung) innerhalb der für die Erhebung des Widerspruchs geltenden Frist glaubhaft gemacht hat.

## **§ 6 Auslagen**

- 6.1 Aufwendungen, die im Zusammenhang mit einer Amtshandlung und in den Fällen des Punkt 1.1 Satz 2 entstehen, werden als Auslagen erhoben.

Auslagen sind:

1. Entschädigungen für Zeugen, Sachverständige, Dolmetscher oder Übersetzer,
2. Entgelte für Post- und Telekommunikationsleistungen, ausgenommen die Entgelte für Briefsendungen und für Telefondienstleistungen im Orts und Nahbereich,
3. Aufwendungen für öffentliche Bekanntmachungen und Zustellungen durch die Behörde,

4. Vergütung und andere Aufwendungen für die Ausführung von Dienstgeschäften außerhalb der Dienststelle,
  5. Beträge, die Behörden, Einrichtungen, natürliche und juristischen Personen zustehen,
  6. Aufwendungen für Ausfertigungen, Abschriften und Kopien, soweit sie auf besonderen Antrag hergestellt oder aus vom Kostenschuldner zu vertretenden Gründen notwendig wurden.
- 6.2 Die Auslagen sind in der tatsächlich entstandenen Höhe zu erheben. Pauschalierte Auslagen werden im Kostenverzeichnis bestimmt.
- 6.3 Wird in anderen Rechtsvorschriften die Erhebung von Auslagen ohne Angabe ihrer Art bestimmt, gilt Punkt 6.1 und 6.2 entsprechend.
- 6.4 Auslagen werden auch dann erhoben, wenn die Gemeinde aus Gründen der Gegenseitigkeit, der Verwaltungsvereinfachung oder aus ähnlichen Gründen an andere Behörden, Einrichtungen, natürliche und juristische Personen keine Zahlung leistet.
- 6.5 Auslagen sind auch dann zu erheben, wenn die Amtshandlung gebührenfrei ist.

## **§ 7 Kostengläubiger**

Kostengläubiger ist die Gemeinde Brombachtal.

## **§ 8 Kostenschuldner**

- 8.1 Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet,
1. wer die Amtshandlung veranlasst hat oder zu wessen Gunsten sie vorgenommen wird,
  2. wer die Kosten durch eine vor dem Gemeindevorstand der Gemeinde Brombachtal abgegebene oder ihr mitgeteilte Erklärung übernommen hat,
  3. wer für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- 8.2 Mehrere Kostenschuldner haften als Gesamtschuldner.

## **§ 9 Entstehen der Kostenschuld**

Die Kostenschuld entsteht, soweit ein Antrag notwendig ist, mit dessen Eingang beim Gemeindevorstand der Gemeinde Brombachtal, im übrigen mit der Beendigung der gebührenpflichtigen Amtshandlung.

Die Verpflichtung zur Erstattung von Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

## **§ 10 Fälligkeit**

Kosten werden mit der Bekanntgabe der Kostenentscheidung an den Kostenschuldner fällig, wenn nicht ein späterer Zeitpunkt bestimmt wird.

## **§ 11 Kostenentscheidung**

- 11.1 Die Kosten werden von Amts wegen festgesetzt. Die Entscheidung über die Kosten soll, soweit möglich, zusammen mit der Sachentscheidung ergehen. Aus der Kostenentscheidung müssen mindestens hervorgehen
1. die kostenerhebende Behörde,
  2. der Kostenschuldner
  3. die kostenpflichtige Amtshandlung,
  4. die als Gebühren und Auslagen zu zahlenden Beträge sowie
  5. wo, wann und wie die Gebühren und die Auslagen zu zahlen sind.
- 11.2 Die Kostenentscheidung kann mündlich ergehen; sie ist auf Antrag schriftlich zu bestätigen. Soweit sie schriftlich ergeht oder schriftlich bestätigt wird, ist auch die Rechtsgrundlage für die Erhebung der Kosten sowie deren Berechnung anzugeben.

## **§ 12 Vorschusszahlung und Sicherheitsleistung**

Eine Amtshandlung, die auf Antrag vorzunehmen ist, kann von der Zahlung eines angemessenen Vorschusses oder von einer angemessenen Sicherheitsleistung bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Kosten abhängig gemacht werden.

## **§ 13 Billigkeitsregelungen**

Der Gemeindevorstand der Gemeinde Brombachtal kann die Gebühr ermäßigen oder von der Erhebung absehen, wenn dies mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gebührenpflichtigen oder sonst aus Billigkeitsgründen geboten erscheint.

**§ 14**  
**Stundung, Niederschlagung und Erlass**

Für die Stundung, die Niederschlagung und den Erlass von Forderungen der Gemeinde auf Zahlung von Gebühren, Auslagen und sonstigen Nebenleistungen gelten die Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes in Verbindung mit der Abgabenordnung (AO) in der jeweils geltenden Fassung.

**§ 15**  
**Festsetzungsverjährung**

- 15.1 Der Anspruch auf Festsetzung der Kosten verjährt in vier Jahren. Die Verjährung beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem die Kostenschuld entstanden ist.
- 15.2 Im übrigen finden die Vorschriften der Abgabenordnung über die Festsetzungsverjährung entsprechende Anwendung (§§ 169 ff. AO).

**§ 16**  
**Zahlungsverjährung**

- 16.1 Der Anspruch auf Zahlung von Kosten verjährt in fünf Jahren. Die Verjährung beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Anspruch fällig geworden ist.
- 16.2 Im übrigen finden die Vorschriften der Abgabenordnung über die Zahlungsverjährung entsprechende Anwendung (§§ 228 ff. AO).

**§ 17**  
**Erneute Anfechtung der Kostenentscheidung**

Wird die Entscheidung über einen Widerspruch bezüglich der Kosten erneut angefochten, so ist dieses Widerspruchsverfahren kostenfrei.

**§ 18**  
**Inkrafttreten**

Die Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Brombachtal, 29. Mai 2002

Der Gemeindevorstand  
der Gemeinde Brombachtal

Kredel, Bürgermeister

## Kostenverzeichnis zur Verwaltungskostensatzung der Gemeinde Brombachtal

Nr.	Gegenstand	EUR
<b>I</b>	<b>Allgemeine Verwaltungskosten</b>	
1	Schriftliche Auskünfte einfache schriftliche Auskünfte sind kostenfrei, soweit sie nicht aus Registern und Dateien erteilt werden	10,00 bis 510,00
2	Gewährung von Einsicht in amtliche Akten, Karteien, Bücher, Datenträger usw. für Personen, die nicht am Verfahren beteiligt sind,	2,50 je Akte  mind. 5,00
3	wie Nr. 2., wenn ein Bediensteter die Einsichtnahme dauernd beaufsichtigen muss	Nach Zeitaufwand Siehe Abs.2
4	Zuschlag zu Nr. 2 für das Versenden von Akten, auch von Bußgeldakten außerhalb eines Bußgeldverfahrens, je Sendung Die Auslagen sind mit der Gebühr abgegolten.	10,00
5	Zuschlag zu Nr. 2 bei weggelegten Akten, Karteien, Büchern, je Akte, Kartei, Buch usw.	2,50
6	Beglaubigung von Unterschriften	5,00
7	Beglaubigung von Abschriften, Fotokopien usw., die die Behörde selbst hergestellt hat, je Urkunde	2,50
8	Beglaubigung von Abschriften, Fotokopien usw., in anderen Fällen, bei Urkunden, die aus 1 bis 10 Seiten bestehen für jede weitere Seite zusätzlich	5,00 0,50
9	Fotokopien: je Kopie 1 bis 5 Kopien 6 bis 20 Kopien 21 bis 50 Kopien ab 51 Kopien	0,25 0,20 0,15 0,10



10	Gebühren nach Zeitaufwand werden erhoben, soweit dies in dieser Satzung bestimmt ist oder wenn Wartezeiten entstanden sind, die er Kostenschuldner zu vertreten hat. Mit den Gebühren nach Zeitaufwand ist der Zeitaufwand der Beschäftigten abzugelten, die an der Amtshandlung oder Verwaltungstätigkeit direkt beteiligt sind; die Tätigkeit von Hilfskräften (z.B. Fahrer, Schreibkräfte) wird nicht gesondert berechnet. Bei Dienstreisen oder Dienstgängen wird die auf die Fahrt entfallende Zeit nicht berücksichtigt. Die Gebühr nach Zeitaufwand bemisst sich nach der allgemeinen Verwaltungskostenordnung des Landes Hessen in der jeweils gültigen Fassung.	
<b>II</b>	<b>Besondere Verwaltungskosten</b>	
1	Genehmigung eines Antrages auf Anschluss eines Grundstückes an die öffentliche Abwasseranlage/Wasserversorgungsanlage	25,00
2	Genehmigung einer Feuerbestattung	7,50
3	Genehmigung für Plakatierung pro Plakat	10,00
4	Ersatzlohnsteuerkarte	2,50
5	Führerscheinanmeldung	7,50
6	Bescheinigung über Anliegerleistung oder sonstige gezahlte kommunale Abgaben	5,00
7	Erteilung eines Zeugnisses über das Nichtbestehen oder die Nichtausübung eines Vorkaufsrechts, für jedes Grundstück mindestens je Grundstückskaufvertrag	10,00 20,00
8	Bescheinigung über das Nichtbestehen oder die Nichtausübung eines Vorkaufsrechts für Bausparkassen	10,00
9	Erteilung von schriftlichen Auskünften über die Lage kommunaler Ver- und Entsorgungsleitungen	Nach Zeitaufwand
10	Erteilung eines Zeugnisses über die Genehmigungsfreiheit der Teilung eines Grundstückes bzw. über den Eintritt der Genehmigungsfiktion i.S.d. § 20 Abs. 2 Satz 1 BauGB, für jedes zu teilende Grundstück	20,00
11	Genehmigung der Teilung eines Grundstückes gem. § 19 Abs. 3 BauGB, für jedes zu teilende Grundstück	20,00
12	Versagung einer beantragten Grundstücksteilung gem. § 20 Abs. 1 BauGB, für jedes Grundstück, dessen Teilung beantragt ist	20,00

13	<p>Zustimmung zur Verlegung neuer und Änderung bereits vorhandener Telekommunikationslinien gem. § 50 Abs. 3 Telekommunikationsgesetz</p> <p>a) im endausgebauten Straßenbereich je lfd. Meter zu verlegendes Kabel  mindestens pro Antrag  und höchstens pro Antrag</p> <p>b) im noch nicht endausgebauten Straßenbereich und in allen übrigen gemeindeeigenen Flächen  je lfd. Meter zu verlegendes Kabel  mindestens pro Antrag  und höchstens pro Antrag</p>	<p>1,00  51,00  2.550,00</p> <p>0,50  25,00  1.275,00</p>
----	--	---